

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift |
| Herausgeber: | Sozialdemokratische Partei der Schweiz |
| Band: | 63 (1984) |
| Heft: | 5 |
| Artikel: | Wie Ronald Reagan die amerikanische Linke mobilisiert : gegen liberale Lethargie |
| Autor: | Galbraith, John Kenneth |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-340131 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gegen liberale Lethargie

Von John Kenneth Galbraith

Der berühmte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith bedankt sich im folgenden Beitrag ironisch im Namen der amerikanischen Linken für Präsident Ronald Reagans «Hilfestellung». Es handelt sich bei diesem Beitrag um eine leicht gekürzte Fassung eines Essays, das der Autor im November 1983 in der Zeitschrift «New Statesman» publiziert hatte.

Vor 36 Jahren versammelten sich in Washington die amerikanischen Liberalen, allgemein gesprochen die amerikanische Linke, um sich nach dem Kriege neu zu formieren und die durch den Kommunismus und Josef Stalin verursachte tiefe Spaltung zu überwinden. Als Ergebnis entstand eine der liberalen Organisationen «Americans for Democratic Action» (Amerikaner für demokratische Aktion), die sich durch eine längere Lebensdauer auszeichneten.

Seit Roosevelt hatten die Liberalen in den Vereinigten Staaten den Punkt erreicht, an dem sie ihre Grundpositionen für unerschütterlich, ja heilig hielten: Makroökonomische Steuerung der Wirtschaft nach Keynes, eine umfassende, wenn auch manchmal schwierige Anbindung an die Gewerkschaften, soziale Sicherheit, Sozialhilfe für die Hilflosen und Leidenden, angemessene Berücksichtigung der Rechte der Frauen und der Minderheiten, eine im Grundsatz gerechtere Verteilung der Einkommen, eine nachdrückliche Betonung der Wichtigkeit des Umweltschutzes, eine vernünftige, ja gross-

zügige Agrarpolitik, ein klares Interesse für die Probleme der Grossstädte.

Nicht alle diese Bemühungen zeitigten wesentliche oder auch nur ganz deutliche Ergebnisse; doch wie man darüber sprach, das vermittelte den Eindruck eines ernsthaften, von Mitleid geprägten wirtschafts- und sozialpolitischen Anliegens. So war es möglich, dass die Liberalen und ihre Wähler die Hände in den Schoss legten in der Gewissheit, dass sie ja schon auf dem besten Wege waren, alle erreichbaren Fortschritte zu machen. Da unter den drei republikanischen Präsidenten Eisenhower, Nixon und Ford keine auffälligen Rückschritte eintraten, kamen die Armen und Minderheiten, diejenigen also, die von den Regierungsprogrammen am meisten betroffen waren, vernünftigerweise zu dem Schluss, dass die politischen Parteien keine wichtige Rolle spielten. Daraus ergab sich als sehr praktische Folgerung, dass die meisten von ihnen erst gar nicht mehr zur Wahl gingen.

Bis der Reiter aus dem Westen kam...

Die Arbeiterschaft verhielt sich ebenfalls gleichgültig. Wie eh und je verhielten sich die Frauen politisch genauso wie ihre Ehemänner. Die übriggebliebenen Bauern fanden zu ihrem alten republikanischen Glauben zurück. Wenn Natur- und Umweltschützer auch nicht völlig friedlich waren, so redeten, argumentierten und opponierten sie ganz wie gehabt. Was Organisation, Mitgliederzahl und

Geldmittel anbelangte, so war ihre Aufwärtsentwicklung zum Stillstand gekommen.

Die liberalen Intellektuellen hielten Reden, schrieben Bücher und setzten sich für offensichtlich annehmbare Kandidaten ein. Sie vermittelten die Illusion von Macht und befriedigten in hohem Masse das liberale Gewissen. Auch hier herrschte eine Atmosphäre des Ausruhens und der Zufriedenheit. So war es, bis — wie einst in Schottland — ein Mann, auch er ein brillanter Reiter, aus dem Westen kam.

Wäre Ronald Reagan als gewöhnlicher liberaler Gouverneur nach Washington gekommen, so hätte er nichts gegen die Lethargie ausrichten können, in die die Liberalen verfallen waren. Das Genie unseres alten Freundes und Bundesgenossen bestand nun gerade darin, dass er es weit besser als jeder andere verstand, die Menschen zu ihrem früheren Glauben zurückzuführen und sie für ihn zu begeistern. Nicht die Kennedys, nicht Lyndon Johnson und bestimmt nicht Jimmy Carter haben soviel bewirkt. Man muss einfach die Tatsachen betrachten.

Reagan hat die Schwarzen und die Minderheiten aufgerüttelt durch eine Politik, die beinahe genial zu nennen ist und das, wenn man alles recht bedenkt, mehr durch Worte als durch Taten. Wie er deutlich erklärte, sollten nachdrückliche Massnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und gleicher Beförderungschancen für Frauen und Schwarze, ebenso wie der Einsatz für die Bürgerrechte überhaupt, nicht mehr in den Vor-

dergrund gerückt werden. Dann bemühte man sich darum, für zwei Universitäten im Süden der Vereinigten Staaten, die ausdrücklich auf dem Prinzip der Rassentrennung fussen, eine Steuerbefreiung durchzusetzen — ein tief symbolischer Schritt.

Die Probleme der Grossstädte, die Arbeitslosigkeit der Schwarzen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, auf der sie sowieso nie richtig gestanden hatten. Peter Grace, ein wortgewaltiger Geschäftsmann, den Präsident Reagan zum Berater ernannt hatte, mit der Aufgabe, die Regierungsarbeit zu straffen, schrieb das für die Ernährung wichtige Programm, nachdem Lebensmittelmarken unentgeltlich an die Armen abgegeben werden, als eine Puerto-rikaner-Posse ab und erregte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erst richtig, als er versuchte, sich zu entschuldigen.

Das Ergebnis dieser Bemühungen liegt nun klar zutage. Die Schwarzen und andere Minderheiten tragen sich in die Wahllisten ein, und so viele wie nie zuvor gehen zur Wahl. Vor den letzten Kommunalwahlen in Chicago trugen sich fast 200 000 schwarze Wähler, darunter viele junge, neu in das Wahlregister ein. Auch die Wahlbeteiligung der spanischsprechenden Bevölkerung war hervorragend. Und schätzungsweise 87 Prozent von ihnen stimmten für Harold Washington, den schwarzen Kandidaten für den Bürgermeisterposten. Wäre Ronald Reagan nicht gewesen, so hätte es Washington in Chicago nie geschafft.

Die Liste der «Erweckten»

Auch Mario Cuomo, der von der Unterstützung der Minderheiten sehr profitierte, wäre vielleicht nicht Gouverneur von New York geworden. Eine ähn-

lich hohe Wahlbeteiligung der Minderheiten im ganzen Land bei den nächsten Wahlen ist jetzt zu erwarten. Praktisch alle neu eingeschriebenen Wähler werden für die Liberalen stimmen. Die Auswirkungen auf das politische Gleichgewicht, wie wir es kennen, könnten erstaunlich sein. Seit Jahren drängen die Liberalen schon darauf, dass sich die Minderheiten verstärkt an dem beteiligen, was die Wissenschaftler den politischen Prozess nennen. Ronald Reagan hat das fertiggebracht.

So wie er die politische Aktivität der Minderheiten förderte, hat der Präsident bei den Frauen geradezu Wunder gewirkt. Durch seinen Widerstand gegen den Zusatzartikel zur Verfassung über die Gleichberechtigung und gegen die Abtreibung und mit der Hilfe von zwei präkambrischen (vorsintflutlichen) Senatoren, Jesse Helms und Orrin Hatch, hat er die bislang lethargischen Frauen zur Aktivität aufgerüttelt und einige dazu gebracht, zum erstenmal in ihrem Leben für ihre eigenen wirtschaftlichen, sozialen und geschlechtsspezifischen Interessen zu stimmen. In den Wahlen von 1982, die keine Präsidentenwahl waren, gaben 48,5 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab, eine Steigerung gegenüber den 45,5 Prozent im Jahre 1978. Noch nicht berauschend, aber immerhin ein Trend. Diese Steigerung begünstigte auch deutlich die liberalen Kandidaten.

Der Beitrag des Präsidenten für die Umweltbewegung ist allgemein anerkannt, ein glänzend abgestimmtes Manöver auf dem Gebiet der politischen Bildung. Ehe er eine gewisse Anne McGill Burford nach Washington berief, waren die einzigen Amerikaner, die je von Depo-nien für Industrieabfälle gehört hatten, von zwei oder drei Ausnahmen abgesehen, diejenigen,

die in ihrer unmittelbaren Nähe oder höchstens einige hundert Meter davon entfernt wohnten. Jetzt gibt es anscheinend kaum einen Bürger ausserhalb unserer Grossstädte, der sich nicht fragt, ob nicht gerade irgendwer Dioxin in sein Grundwasser schüttet oder Sauren Regen in den nahegelegenen See regnen lässt.

Im September 1981 zeigte eine Umfrage der *New York Times*, dass 45 Prozent der Bürger eine Verbesserung der Umweltbedingungen wünschten, und zwar «ohne Rücksicht auf die Kosten». Ende April 1983 war dieser Anteil auf 58 Prozent gestiegen. «Das allgemeine Aufsehen wegen der EPA (EPA: Environmental Protection Agency [Umweltschutzbehörde]) und verschiedener Gefälligkeitsvereinbarungen mit der Industrie ist das beste, das uns passieren konnte!», zitierte das *Wall Street Journal* einen auf kommunaler Ebene tätigen texanischen Umweltschützer.

Professor Kenneth Geiser, der sich mit diesen Dingen an der Tufts University in der Nähe von Boston beschäftigt, sagt: «In den siebziger Jahren traten normalerweise Akademiker, Bürgerrechtler und Studenten für die Belange der Umwelt ein ... Die neue nationale Bewegung stützt sich auf die von der Mittel- und Arbeiterklasse geprägten Gemeinden.» Das traditionelle Eintreten der Liberalen für die Umwelt hätte so etwas nie zustande bringen können.

Und das ist noch nicht alles. Bevor Reagan James Watt — niemand weint ihm eine Träne nach — zum Innenminister machte, einen Mann, der Kontrollmassnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes sowie jede Massnahme zum Schutze des öffentlichen Eigentums heftig bekämpfte, da waren selbst meine engagierten Nachbarn die Probleme des Abbaus von

Erdöl oder des Bergbaus in fernen unberührten Gebieten, ja selbst das Bohren nach Öl auf Georges Bank im nahen Atlantik herzlich gleichgültig. Ich dachte genauso.

Aber jetzt fragt man mich andauernd nach diesen Dingen, und ich musste mich einfach in diese Materie einarbeiten. Die grossen Naturschutzverbände Amerikas sind aus ihrer institutionellen Starre wachgerüttelt worden und erfreuen sich eines beispiellosen Aufschwungs. Nach Aussage des ehemaligen Senators Gaylord Nelson, der jetzt Präsident der Wilderness Society ist, haben einige dieser Organisationen ihre Mitgliedschaft und Geldmittel verdoppelt. Das war, bevor Herr Watt die Beach Boys von der letzten feierlichen Begehung des 4. Juli in Washington ausschloss und damit die Liebhaber von Rockmusik in das Lager der Naturschützer führte.

Als Ökonomie erlebbar wurde

Die Liberalen sind schon lange über die Tatsache betrübt, dass die Arbeitslosen nicht zur Wahl gingen. Wieder war dabei das Gefühl im Spiel, das andere ja sowieso nichts. Eine vor kurzem durchgeführte Umfrage der *New York Times* hat gezeigt, dass auch hier Ronald Reagan als Retter erschienen ist. 1982 gingen noch immer nur kümmерliche 34 Prozent der Arbeitslosen zur Wahl gegenüber den jämmerlichen 27,4 Prozent im Jahre 1978. Nur wenige dieser Stimmen gingen an die Konservativen.

Es kann sein, dass Ronald Reagan auch bei den Bauern Fortschritte erzielt hat. Einer meiner Freunde, der eine Zeitung in Illinois betreibt, glaubt, dass der Präsident es beinahe geschafft hätte, die landwirtschaftlichen Produzenten von Illinois ihrem alten konservativen Glauben zu entfremden.

Ein Leben, hoffnungslos eingeschwängt zwischen hohen Zinssätzen und (bis vor kurzem wenigstens) sehr niedrigen Getreide- und Viehpreisen, war selbst für ihre stramm-republikanische Überzeugung zuviel. Was die makroökonomische Politik angeht, so schlagen sich die Liberalen Amerikas, genauso wie die englische Linke, schon lange mit der höchst attraktiven Theorie herum, dass die moderne Wirtschaft in all ihrer verwirrenden Vielschichtigkeit durch Geldpolitik zu steuern ist. Eine straffe, vernünftige Kontrolle der Geldmenge durch die (amerikanische) Zentralbank würde sowohl stabile Preise als auch eine höchstmögliche Beschäftigungsrate herbeiführen.

Weitere Regierungsmassnahmen — eine Fiskalpolitik (das heisst Ausgabenkontrolle über den Haushalt), eine Einkommens- und Preispolitik, um die Lohn- und Preisentwicklung zu zügeln, Direktmassnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Regierungsinvestitionen zur Förderung beziehungsweise Stützung von erfolgversprechenden oder zurückgebliebenen Industriezweigen — all das war völlig überflüssig. Gegenargumente wurden vorgebracht; sie richteten aber nichts gegen die glänzenden Versprechungen der Monetaristen und Professor Milton Friedman aus. Es war klar, dass nur ein Versuch, so unangenehm er auch sein mochte, den Irrtum klar erweisen würde. Und zwar nicht in England, nicht in Chile, nicht in Israel, nein, hier in Amerika. Dieses Experiment hat uns Ronald Reagan vorgeführt. Und für jedermann war die daraus entstandene Not und das Leid zu erkennen und für viele am eigenen Leib zu spüren. Die so verursachte Rezession war so schmerhaft, dass die strenge Kontrolle der Geldmenge jetzt gelockert worden ist,

die Zinsen fallen durften, dass ein Regierungsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingeleitet wurde und Professor Friedman öffentlich den Abfall von der reinen Lehre verdammt hat. Als Folge ist eine gewisse wirtschaftliche Erholung jetzt in Gang gekommen. Keine Erfahrung hätte besser dazu beitragen können, die monetäre Magie aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit zu vertreiben.

Darüber hinaus war nichts besser geeignet, die Liberalen davon zu überzeugen, selbst nun Mittel zur Eindämmung der Inflation ins Auge zu fassen, die sich nicht auf die inflationshemmenden Kräfte der Arbeitslosigkeit, stillliegende industrielle Kapazitäten und Konkurse verlassen, mit anderen Worten eine Art direkte Einkommens- und Preispolitik. Ich bin allerdings bereit einzuräumen, dass Reagan hier nicht ganz erfolgreich gewesen ist. Die vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Alternativen, und das gilt im allgemeinen auch für die der demokratischen Präsidentschaftskandidaten, befinden sich immer noch auf einem ziemlich primitiven Niveau.

Jetzt auch bekannt: das Nuklear-Thema

Die meisten vertrauen immer noch der ziemlich fragwürdigen Ansicht, dass Gott ein liberaler Demokrat ist und sich schon um die Seinen kümmern wird. Ich habe bis jetzt von innenpolitischen Problemen gesprochen. Es wäre sehr ungerecht, den aussen- und militärischen Beitrag des Präsidenten mit Stillschweigen zu übergehen. Seit jenen Sommertagen im Jahre 1945 leben die Menschen überall auf der Welt unter der Drohung des nuklearen Schreckens. John F. Kennedy sprach von ihr als dem Damoklesschwert, das über uns

schwebt, und über seine Entschlossenheit, keinen Tag verstreichen zu lassen, ohne darüber nachzudenken, wie diese Drohung verhindert werden könnte.

Was jedoch in den Vereinigten Staaten noch fehlte, war das massive Interesse der Öffentlichkeit für diese Frage. Die Amerikaner hatten sich mit dem Schrecken irgendwie abgefunden oder hatten sich, wie beim Gedanken an den eigenen Tod, in die Verdrängung geflüchtet, die es ihnen ermöglichte, nicht mehr daran denken zu müssen. Die Rüstungskontrolle war zur unangefochtenen Domäne der kleinen Gruppe der Nukleartheologen geworden, von denen man annahm, dass sie das Problem schon verstehen würden. Eine Versammlung, der übrigens nicht wenige leidenschaftliche Befürworter des Wettrüstens angehörten.

Das bedeutete für eine Demokratie eine erschreckende Übertragung von Macht, ein Aufgeben der Entscheidungsbefugnis über Leben und Tod, was nie erfolgt wäre, wenn über Fragen der Besteuerung zu entscheiden gewesen wäre. Auch hier ist der Präsident, mit viel Beistand seiner Untergebenen, zu Hilfe gekommen. Das Gerede vom begrenzten Nuklearkrieg, von einem sich länger hinziehenden Nuklearkrieg, das Gerede davon, in einem Nuklearkrieg «die Oberhand zu gewinnen», von Zivilverteidigung und den Schaufeln, die uns im Falle eines atomaren Angriffs schon das Leben retten würden, und schliesslich der so brillant in die Länge gezogene Streit über die Stationierung von MX-Raketen, all das hat den Amerikanern die Gefahren der Welt, in der sie leben, wie nie zuvor bewusst gemacht.

Zusammen mit anderen rede ich schon seit langem so überzeugend wie möglich über das Thema der Rüstungskontrolle

und in den letzten Jahren auch über den Gedanken, die Nuklearwaffen beiderseitig einzufrieren. Diese Bemühungen waren zutiefst entmutigend. Manchmal, zum Beispiel als wir den Freeze-Antrag auf dem demokratischen Parteitag 1980 zur Abstimmung stellten, hielt man uns sogar für etwas exzentrisch.

Reagan hat genug für uns getan

Heute ist die Rüstungskontrolle vielleicht das dringendste politische Tagesproblem. Und das lebhafte Interesse daran wird auch, wie ich glaube, den Rückschlag durch die koreanische Flugzeugkatastrophe überleben. Eine Freeze-Entschlüssung wurde am Anfang letzten Jahres vom Repräsentantenhaus mit einer sicheren Mehrheit angenommen. Dazu hat besonders Verteidigungsminister Caspar Weinberger mit seiner ausgeprägten Begabung, an jedem normalen Tag ein bisschen Panik zu verbreiten, beigetragen. Aber Ronald Reagan ist der Präsident, und er trägt letztlich die Verantwortung. Ihm ist zu danken.

Ein bedeutsamer Beitrag des Präsidenten bestand darin, dass er die klassische Warnung Dwight D. Eisenhowers vor den Gefahren der künftigen Macht des militär-wirtschaftlichen Komplexes noch unterstrich. Das Vorwärtsdrängen dieser Macht hätte durch nichts anschaulicher verdeutlicht werden können als durch die Ernennung zum Marineminister und Staatssekretär im Verteidigungsministerium von aussergewöhnlich gut bezahlten und letztlich überall bekannten Interessenvertretern der Rüstungsindustrie — «Berater» ist die moderne und wohl noch entlarvendere Bezeichnung dafür. Zum Teil als Folge davon und wegen der vermehrten Rüstungsanstrengungen allgemein

wendet sich die kritische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit jetzt dem Verteidigungsetat mehr zu. Das könnte — und das wäre für uns alle sehr wichtig — noch weit intensiver geschehen.

Präsident Reagan verdanken wir eine weitere Errungenschaft, vielleicht die eindrucksvollste von allen. Er hat einen Grad von Einheit im Lager der liberalen Linken zustandegebracht, wie es bisher ohne Beispiel ist. In der Vergangenheit haben Schwarze, Frauen, Gewerkschaften, Umweltschützer und die Friedensgruppen alle ihre jeweiligen Sonderinteressen verfolgt. Die Eitelkeit der Führer verschlimmerte den Zustand noch, wie das immer der Fall ist, und trennte so die verschiedenen Gruppen voneinander und liess sie gelegentlich miteinander in Streit geraten.

Weinbergers Panik-Produktion

Im letzten Sommer, am 27. August, stellten nun alle diese Gruppen ihre Sonderinteressen zurück und kamen, 200 000 an der Zahl, zum grossen Marsch in Washington zusammen, unter dem gemeinsamen Banner von «Arbeitsplätze, Friede und Freiheit», wobei der letzte Begriff eigentlich für Bürgerrechte und Gleichheit steht. Alle, die diese Zusammenkunft aufmerksam beobachteten, waren von der Art und Weise beeindruckt, wie engstirnige Eigeninteressen für diesen Tag, und wie die meisten glaubten, für die kommenden Monate zurückgestellt wurden. Und einige scheuteten sich nicht, sich lobend auszusprechen, wo es angemessen war.

Besonders grosszügig war darin Andrew Young, einst Berater von Martin Luther King jr., Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen und heute Bürgermeister von

Atlanta. «Es besteht kein Zweifel», sagte er, «dass Präsident Reagan der organisierende Faktor war, der diese Koalition zusammengebracht hat.»

Der Beitrag des Präsidenten für die Sache seiner alten Freunde und für die Korrektur ihrer Fehler ist schon sehr beachtlich. Den amerikanischen Liberalen stellt sich jetzt ganz offensichtlich die Frage, ob sie Präsident Reagan nicht vereint für eine weitere Amtszeit wählen sollten, da sie ja jetzt herausgefunden haben, dass er, was den schwerer zugänglichen Teil seiner Persönlichkeit anbelangt, ja alle diese Jahre auf ihrer Seite gewesen ist. Sollten sie als Liberale in Erkenntnis ihrer Dankesschuld gegenüber einem erklärten Konservativen, der es so gut versteht, Liberale zu motivieren, konservativ wählen, um die Sache der Liberalen zu fördern?

Hier schwanke ich. Die Kosten für die Erziehung, die Reagan

uns angedeihen liess, in bezug auf Leiden und soziale Spaltung, sind zu hoch. Der Gesellschaftsvertrag, der den meisten Amerikanern eine faire Überlebenschance in diesem System gab, wird nur sehr schwer wieder herzustellen sein. Dazu kommt die Schwächung der Moral der öffentlichen Behörden, die so einsatzfreudig Verantwortung trugen für die Sicherung der Arbeitsplätze, das öffentliche Eigentum, die Umwelt, Bildung, und vielfältige Hilfe für die Armen. Ferner, und das vor allem, ist es dringend notwendig, dass wir uns vom Abgrund des Nuklearkrieges entfernen und dass wir die Intervention in Mittelamerika und Unternehmen wie die Landung auf Grenada beenden.

Es wäre am besten, wenn die Reagan-Kur gegen liberale Lethargie und Selbstzufriedenheit nicht noch auf weitere vier Jahre ausgedehnt würde.

Europa aus der Sicht der britischen Labour Party

New Deal für Europa

Von Neil Kinnock, britischer Labour-Führer

Grossbritanniens Zukunft liegt, wie unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart, in Europa. Innerhalb der EWG liegt sie für uns als Sozialisten jedoch weiterhin nur, wenn der Gemeinsame Markt so umgestaltet werden kann, dass er unserer umfassenderen Vision der Zukunft Europas entspricht. Wir wollen einen *Square Deal** mit dem Gemeinsamen Markt und einen *New Deal*** für Europa. Wir wollen ein grösseres, stärkeres und grosszügigeres Europa für die Europäer — nicht für die Vereinigten Staaten oder für die Sowjets, nicht für multinatio-

nale Mächte, das Finanzkapital oder die Agrarwirtschaft. Alle Parteien der europäischen Linken und sozialistische Regierungen in ganz (West-)Europa sind sich einig in dem Prinzip der gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederbelebung. In allen westeuropäischen Ländern übernehmen die Sozialisten die Führung in den Friedensbewegungen, die für eine nuklearwaffenfreie europäische Sicherheitszone kämpfen. Dies sind die beiden kritischsten Themen für die Europäer heute, aber beide stehen nicht auf der Tagesordnung des Gemein-

samen Marktes. Gleiches gilt für die grundlegenden Reformen der EWG, auf die sich die Labour Party auf ihrem Parteitag 1983 verständigt hat und die Andreas Papandreu, der sozialistische Premier Griechenlands, und andere mit ihm fordern. Gerade weil die Tagesordnung der EWG die falsche Tagesordnung für Europa ist, müssen wir, gemeinsam mit unseren sozialistischen Genossen in den anderen Mitgliedsländern, an den Europa-Wahlen im Juni teilnehmen. Nur wenn wir dies tun, können wir unserer Aufgabe, der Neugestaltung der Zukunft Europas, gerecht werden.

Ein europäisches Bretton Woods

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht *europäisch*: sie umfasst nur einige westeuropäische Länder und schliesst osteuropäische Länder nicht nur von der Mitgliedschaft aus, sondern auch von dem politischen Dialog, der geführt werden muss, wenn wir eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und militärische Entspannung erreichen wollen. Sie ist nicht *wirtschaftlich*: sie ist ein Nahrungsmittelpreisfestsetzungssystem mit einem gemeinsamen Aussentarif. Sie ist keine *Gemeinschaft*: sie ist tief gespalten und ihrer Verfassung nach in einer fortgesetzten inneren Krise. Wo die Europäer zusammenarbeiten sollten, versucht die «Gemeinschaft» zu integrieren, indem die grossen politischen Erfordernisse auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Kompromisses reduziert werden.

Kein Fortschritt wurde in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik erzielt, um die seit zehn Jahren andauernde Wirtschaftskrise zu bekämpfen und den